

ZUGER
FREISINN
Gemeinsam weiterkommen.

OECD-Mindeststeuer als Herausforderung

Die sogenannte OECD-Mindeststeuer ist eine grosse Herausforderung – auch für den Kanton Zug. Steuerexperte Andreas Müller, Mitinhaber und Mitglied der Geschäftsleitung der Beratungsfirma MME Legal | Tax | Compliance und Kantonsratskandidat der FDP der Stadt Zug, erklärt, weshalb. **Seite 3**

Andreas Hostettler: Macher für schwierige Zeiten

FDP-Regierungsrat Andreas Hostettler kommt bescheiden und freundlich daher – und hat seine weitverzweigte Direktion des Innern trotzdem bestens im Griff. Im Gespräch mit dem «Freisinn» zeigt er auf, was in den nächsten Jahren alles geplant ist. **Seite 4**

Florian Weber: Auf Bewährtes bauen

FDP-Regierungsrat Florian Weber ist als Baudirektor des Kantons Zug zuständig dafür, dass die Infrastruktur im dynamischen Kanton mit dem Wachstum Schritt halten kann. Er empfängt den «Freisinn» und zeigt auf, wie das geht. **Seite 5**

Lebensqualität im Fokus

11 Kandidatinnen und 37 Kandidaten stellen sich auf den FDP-Listen in den elf Gemeinden des Kantons Zug für den Kantonsrat. Der «Freisinn» stellt sie in Wort und Bild vor. **Seite 6 und 7**

Zug, Energie, OECD-Mindeststeuer

Der Parteipräsident der Schweiz und des Kantons Zug im Dialog: Thierry Burkart und Cédric Schmid diskutieren im gemeinsamen Interview über heisse Themen: die Zuger Wahlen, die Energiesituation und die OECD-Mindeststeuer. **Seite 8 und 9**

Freiheit wählen!
Am 2. Oktober 2022 wählt der Kanton Zug

Nach der Corona-Krise unterstreichen auch die aktuellen kriegerischen Ereignisse im Osten Europas, wie wichtig und vor allem wenig selbstverständlich die Freiheit als Gut ist. Im Kanton Zug werden mit den Gesamterneuerungswahlen am 2. Oktober 2022 wichtige Weichen für die Zukunft gestellt.

Thierry Burkart, Präsident der FDP Schweiz, und Cédric Schmid, Präsident der FDP des Kantons Zug, sind sich im gemeinsamen Interview (vgl. Seiten 8 und 9) einig, dass diese Wahlen ausgesprochen wichtig sind – nicht einzig für den Kanton Zug, sondern für die Schweiz. Thierry Burkart bezeichnet den Kanton Zug als «Paradebeispiel». Für Cédric Schmid ist die «vorausschauende, liberale und ganzheitliche Denkweise» Schlüssel zum Erfolg.

Mit den beiden bisherigen Regierungsräten Andreas Hostettler und Florian Weber ziehen für die FDP des Kantons Zug zwei bewährte Kräfte in den Wahlkampf um die sieben Sitze in der kantonalen Exekutive (vgl. Porträts auf den Seiten 4 und 5). Und in den elf Gemeinden stellen sich auf den FDP-Listen insgesamt 48 bisherige und neue Kandidaten zur Wahl für den Kantonsrat (vgl. Bildergalerie auf den Seiten 6 und 7). Gemeinsam wollen sie sicherstellen und mithelfen, dass die Lebensqualität im Kanton Zug hoch bleibt.

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die Umsetzung der sogenannten OECD-Mindeststeuer gelingt. Sie ist allerdings nicht ohne Fallstricke. «Der



Gute Perspektiven: Mit Florian Weber und Andreas Hostettler kandidiert ein starkes, bisheriges Team für den Zuger Regierungsrat. Foto pd

Finanzautonomie der Kantone muss Sorge getragen werden», sagt Steuerexperte Andreas Müller, der in der Stadt Zug für den Kantonsrat kandidiert (vgl. Interview auf Seite 3).

Inhalt

- 3–9 Zuger Freisinn
- 10 Interview mit Lukas Müller-Brunner vom Arbeitgeberverband
- 11 Regine Sauter setzt sich für die AHV 21 ein
- 12 FDP-Forderungen zur Sicherheitspolitik
- 13 FDP-Forderungen zur Migrationspolitik
- 15 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 16 Vorschau auf die Herbstsession
- 17 Damian Meier will in den Schwyzer Regierungsrat
- 18 Keine Operationen an intergeschlechtlichen Kindern
- 19 Ja zur Reform der Verrechnungssteuer
- 20 Nein zur Massentierhaltungsinitiative
- 22 FDP Urban erarbeitet Resolution zur Wohnungspolitik
- 23 Vermischtes



Gemeinsam die AHV sichern

Wegweisende Abstimmung für die Schweiz

Liebe Freisinnige

Die Schweiz sieht sich zurzeit mit bedeutenden Herausforderungen konfrontiert, die vorausschauende Antworten und mehrheitsfähige, zum Teil rasche Lösungen erfordern. Unser Wohlstand ist alles andere als selbstverständlich und nicht zuletzt jenen zu verdanken, die unser Land auf einem starken liberalen Fundament erbauten. Die bürgerliche Politik ist die Garantin für Lösungen, welche unsere Wirtschaft sowohl bei innerschweizerischen Reformen wie auch im internationalen Wettbewerb erfolgreich erhalten. Nur der Schulterchluss der bürgerlichen Parteien macht diese Reformfähigkeit möglich. Die bevorstehenden Abstimmungen führen vor Augen, wie wichtig diese Zusammenarbeit ist. Denn bei allen drei Vorlagen ruft links-grün nach mehr Umverteilung, mehr Nivellierung und mehr Staat.

Gemeinsam anpacken und die Zukunft der AHV sichern

Seit 1948 haben alle Menschen in diesem Land Anspruch auf eine Altersrente. Aber die AHV, unser wichtigstes Sozialwerk, ist aus der Balance. Ohne Massnahmen wird die AHV bereits im Jahr 2025 mehr Geld ausgeben als einnehmen. Die AHV-Reform beinhaltet die Anpassung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer – was bereits zum Zeitpunkt der Einführung der AHV mit 65/65 der Fall war. Diese Gleichstellung wird mit zahlreichen Massnahmen abgedeckt. Die AHV 21 bringt aber auch Modernisierungen wie die Flexibilisierung des Rentenalters. Mit einer minimalen Erhöhung der Mehrwertsteuer leisten zudem alle Generationen einen Beitrag zur Sicherung der Altersvorsorge. Die Reform tritt nur dann in Kraft, wenn beide Teile angenommen werden.

Wirtschaftsstandort Schweiz stärken

Unternehmen, der Bund, die Kantone oder die Gemeinden können durch die Ausgabe von Anleihen eine direkte Finanzierung von Investoren erhalten. Die Anleihezinsen unterliegen derzeit einer hohen Verrechnungssteuer von 35 Prozent. Somit erhält der Investor nur 65 Prozent der Zinserträge, die restlichen 35 Prozent müssen bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung zurückgefordert werden. Dieser finanzielle und bürokratische Mehraufwand macht Investitionen in Schweizer Unternehmen vor allem für ausländische Investoren unattraktiv, da sie nicht 100 Prozent ihrer Erträge erhalten. Dies führt zu Ausweichmanövern und verpassten Chancen für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die Verrechnungssteuerreform korrigiert dies und ermöglicht die Rückführung von Finanzierungsaktivitäten in die Schweiz.

Nein zur unnötigen Tierhaltungsinitiative

Mit der Initiative soll die Massentierhaltung als tierunwürdig definiert werden. Die Vorschriften für Unterbringung, Pflege usw. sollen massiv eingeschränkt, die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen mit enormen administrativen Aufwänden beladen werden. Die Schweizer Gesetzgebung zum Schutz und zur Würde von Tieren ist bereits eine der strengsten der Welt. Unser Land bekennt sich somit bereits zu hohen Standards des Tierschutzes. Die Initiative ist unverhältnismässig und hätte weit reichende Folgen für die Schweizer Landwirtschaft.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz



«Der Finanzautonomie der Kantone Sorge tragen»

Andreas Müller

Andreas Müller ist Mitinhaber und Mitglied der Geschäftsleitung der Beratungsfirma MME Legal | Tax | Compliance. Er ist erfahrener Steuerexperte und kandidiert am 2. Oktober auf der Liste der FDP Stadt Zug für den Kantonsrat. Im Gespräch mit dem «Freisinn» nimmt er Stellung zur OECD-Mindeststeuer und plädiert dafür, der Finanzautonomie der Kantone Sorge zu tragen.

Herr Müller, auf Bestreben der OECD soll global für grosse Unternehmen ein Mindeststeuersatz von 15% gelten. Muss die OECD-Mindeststeuer in der Schweiz zwingend umgesetzt werden?

Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer in der Schweiz ist notwendig, da sonst andere Länder die Steuern erheben. Für Schweizer Konzerne wäre es also kein Vorteil, wenn wir die Steuer nicht erheben. Schweizer Konzerne wollen Planungssicherheit und diese ist besser sichergestellt, wenn sie ihre OECD-Verpflichtungen einheitlich und zentral aus ihrer Heimbasis heraus erledigen können.

Ist die Schweiz frei in der Umsetzung der Regeln?

Die Umsetzung sollte sich streng an den OECD-Vorgaben orientieren. Die Schweizer Mindeststeuerverordnung respektive das zukünftige Mindeststeuergesetz muss einem kritischen OECD-Peer-Group-Review standhalten; d. h., unsere gesetzliche Umsetzung der Mindeststeuer

muss international akzeptiert werden. Nur so erreichen wir für Schweizer Unternehmen die notwendige Planungssicherheit. Eine internationale Doppelbesteuerung wäre fatal. Die Kantone haben aber immer noch Gestaltungsspielraum, da die OECD-Regeln auch in Zukunft steuerliche Förderung in Form von Steuergutschriften zulassen.

Was halten Sie von den geplanten Verfassungs- und Übergangsbestimmungen?

Die Verfassungsänderung ist notwendig, aber die Frage stellt sich, wieso die neue Kompetenzzuweisung an den Bundesgesetzgeber in diesem Umfang erfolgt ist. Der Geltungsbereich der Verfassungsbestimmung wurde zwar nach der Vernehmlassung eingeschränkt – eine Regelung für die föderale Umsetzung fehlt aber. Dies hat man wohl unterlassen, um die termingerechte Einführung der Mindeststeuer nicht zu gefährden. Politische Verteilungskämpfe haben aber gleichwohl bereits begonnen.

Experte, auch für die OECD-Mindeststeuer: Andreas Müller, Mitinhaber und Mitglied der Geschäftsleitung der Beratungsfirma MME Legal | Tax | Compliance. Er kandidiert in der Stadt Zug für den Kantonsrat. Foto pd

«Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer in der Schweiz ist notwendig, da sonst andere Länder die Steuern erheben.»

Weshalb ist die Steuer als Bundes- und nicht als Kantonssteuer konzipiert?

Die Botschaft nennt keinen zwingenden Grund und es steht dem Gesetzgeber in der Zukunft frei, die Mindeststeuer als Kantonssteuer auszugestalten. Der Bund hat mit 8,5% sein verfassungsmässig zulässiges Maximum an der Gewinnbesteuerung bereits ausgeschöpft. Die Mindeststeuer sollte deshalb als Kantonssteuer ausgestaltet werden.

Wie steht es um den nachgelagerten Gesetzgebungsprozess?

Gemäss Botschaft ist der Bundesgesetzgeber für den nachgelagerten Gesetzgebungsprozess nur an den Verfassungstext und weder an die Grundsätze der Übergangsbestimmungen noch an die föderale Umsetzung gebunden. Die föderale Umsetzung und damit der Verteilschlüssel stehen dann wieder zur Disposition des Bundesgesetzgebers.

Was ist Ihre Antwort darauf?

Die Bundesvorlage ist als Übergangsbestimmung akzeptierbar. Aber wir müssen aufpassen, dass die Gewinnsteuer nicht über die Hintertür auf dem Niveau von 15% materiell harmonisiert wird. Die Kantone müssen unbedingt im Blick behalten, dass das Bundesparlament am Ende keine Fehler macht. Dem Föderalismus und der Finanzautonomie der Kantone muss Sorge getragen werden. Der Steuerwettbewerb fördert die Ausgabendisziplin und zwingt uns zur effizienten Mittelverwendung. Das ist das Erfolgsrezept der Schweiz heute und für die Zukunft.

pd



Ein zielstrebigere Macher für schwierige Zeiten

Andreas Hostettler

Andreas Hostettler sitzt am vergleichsweise bescheidenen Pult in seinem schlichten Büro, es ertönt leise Unterhaltungsmusik, und er offeriert dem Besucher am Sitzungstisch einen Platz mit Aussicht auf den Zugersee. Der Innenminister des Kantons Zug hat sich auf das Gespräch vorbereitet, seine schriftlichen Notizen gibt er dem Besucher am Schluss mit auf den Weg.

Doch alles schön der Reihe nach. Die Direktion des Innern ist eigentlich das Sozialministerium des Kantons Zug und entsprechend breit aufgestellt. Andreas Hostettler spricht nicht despektierlich, aber treffend vom «absoluten Gemischtwarenhandel in der Regierung schlechthin». Sein Aufgabenbereich reicht vom Asyl über die Denkmalpflege, das Kesb bis zum Wald, und vieles ist nach den Worten von Andreas Hostettler «angepackt, was noch ins Ziel muss». Er erwähnt in diesem Kontext die Revision des Behindertengesetzes, des Sozialhilfegesetzes, des Wahlgesetzes, des Waldgesetzes und des Gemeindegesetzes.

Anders aufgestellt

Zusammen mit Regierungsrat Florian Weber (vgl. Porträt auf Seite 5) gelang es Andreas Hostettler bei den letzten Gesamterneuerungswahlen, die beiden FDP-Sitze trotz einer etwas überraschenden Doppelpflicht und entgegen aller Unkenrufe zu

halten. Überraschend war auch, dass die beiden neuen Magistraten von den Vorgängern zwar die Sitze, aber nur die Hälfte der Ämter beerbten. Florian Weber folgte Urs Hürlimann als Baudirektor, Andreas Hostettler übernahm jedoch nicht die Volkswirtschaftsdirektion seines Parteikollegen Matthias Michel, sondern die Direktion des Innern von Manuela Weichelt.

Das war eine Überraschung – auch für die Mitarbeitenden im Departement. In der Folge wurde die Direktion anders aufgestellt, nicht einzig in personeller Hinsicht, sondern auch vom Ansatz her. «Aus einer Führung auf Mikroebene wurde eine möglichst weit nach unten delegierte Verantwortung/Kompetenz-Führung mit Freiheit und Verantwortung», umschreibt Andreas Hostettler sein Führungscredo, das auch in fortschrittlichen Unternehmen Maxime ist. «Diese Transformation ist schon recht weit fortgeschritten, dauert aber immer noch an», lässt er mögliche weitere Veränderungen anklingen.

Alles im Griff: Regierungsrat Andreas Hostettler in seinem Büro am Postplatz in Zug. Foto pd

Nichts anbrennen lassen

Dieser doch eigentlich radikale Wechsel erklärt wohl auch, dass die Direktion des Innern im einen oder anderen Bereich immer wieder für Schlagzeilen in der Lokalpresse sorgt, gerade auch in personellen Fragen. Andreas Hostettler lässt aber nichts anbrennen und handelt immer; nicht nur sofort, sondern – wo nötig und wichtig – auch mit der notwendigen Ruhe und Weitsicht.

Ein Zufall ist das nicht. Sein Werdegang lässt eigentlich nichts anderes erwarten. Wer wie er in einem fremden Land – in seinem Fall Japan – aufwächst und als Jugendlicher zurück in die Schweiz kommt, hat schon einmal einen breiten Horizont und wohl auch ein dickes Fell.

Ein Blick auf seinen politischen Werdegang unterstreicht, dass sich Andreas Hostettler auch durch Rückschläge weder von seinem Ziel abbringen noch aus der Ruhe bringen lässt – und dort anpackt, wo es notwendig ist.

Sein Ziel war eigentlich, seiner Heimatgemeinde als Gemeinderat zu dienen. Aufgrund parteiinterner Konstellationen war das jedoch nicht möglich. Als kurz darauf der Ruf für eine Regierungsratskandidatur mit ungewissem Ausgang (siehe oben) kam, war Andreas Hostettler zur Stelle – und der Rest ist wie erwähnt Geschichte.

Das Glück des Tüchtigen

Aber eben: In seiner Wahl spiegelt sich weniger der Zufall als mehr das Glück des Tüchtigen. Die eigene Bescheidenheit verbietet es Andreas Hostettler, ungefragt von seinen beruflichen Erfolgen zu sprechen. Doch der Besucher fragt, und Andreas Hostettler gibt mit viel Understatement Auskunft: Vor seinem Wechsel in die Regierung war er ein erfolgreicher Unternehmer, der sein Wissen und seine Erfahrung Start-ups oder etablierten Betrieben im handwerklichen Bereich zur Verfügung stellte und damit ein Netzwerk gelungener Firmen knüpfte. Mit seinem Wechsel in die Regierung trennte er sich von all diesen Engagements. Er weiss jedoch, dass er nach seinem politischen Leben in der Privatwirtschaft wieder Fuss fassen könnte.

Dieses, selbstverständlich unausgesprochene, Wissen ist wohl auch Grund dafür, dass er auch in schwierigen Zeiten cool bleibt. Diese Fähigkeit, ja dieser Charakterzug, ist für den Kanton Zug gerade in den jetzigen schwierigen Zeiten Gold wert, denkt sich der Besucher, als er von Andreas Hostettler nach dem interessanten Gespräch charmant aus dem Büro begleitet wird, bevor der Regierungsrat, wohl zu einer nächsten Sitzung, sportlich das Treppenhaus hinaufsprintet. *pd*



Auf Bewährtes bauen

mit Florian Weber

Wer den Baudirektor des Kantons Zug in seinem Büro besucht, kann vor dem Eingang zur Baudirektion im sechsten Stock noch die schöne Aussicht auf den See und die Berge geniessen. Das Büro des Baudirektors ist funktional und recht bescheiden; es passt zu Florian Weber.

Auch dem Auftritt von Baudirektor Florian Weber fehlt jeder Dünkel, obwohl er einer Direktion vorsteht, deren weitreichende Aufgabenbereiche er in ruhigen Worten und mit Hilfe einer kleinen Mindmap, die er am Tisch gleich selbst zeichnet, erklärt.

Infrastruktur für das Wachstum

Es sind im wahrsten Sinne des Wortes verschiedene Baustellen offen. Ob Grossprojekte im Strassenbau oder Gesetzesvorlagen im Umweltbereich: Florian Weber hat eine langfristige Perspektive und scheut sich auch nicht, auf entsprechende Arbeiten und Grundlagen seiner Vorgänger hinzuweisen.

Wie sein Parteikollege auf der anderen Seite der Stadt in der Direktion des Innern (vgl. Seite 4) ist der Baudirektor des Kantons Zug Praktiker und Pragmatiker. Er lässt sich vom Besucher nicht irgendwelche hochtrabende Statements und Superlative entlocken, sondern erklärt, wie unter Berücksichtigung des parlamentarischen Betriebes sichergestellt werden soll und kann, dass die Infrastruktur des Kantons Zug so ertüchtigt wird, dass sie mit dem prognostizierten jährlichen Wachstum von 1,1 Prozent mitzuhalten vermag.

Ergänzendes Miteinander

Mit Blick auf die Transportbedürfnisse kann das nur gelingen, wenn sowohl der private wie auch der öffentliche Verkehr in seiner Aufgabe und Bedeutung erkannt werden. Auch was die Energiesituation betrifft, geht es Florian Weber um das ergänzende Miteinander etablierter und neuer Energieformen.

Der Baudirektor des Kantons Zug könnte es sich einfach machen und hier grosse Versprechungen abgeben. Doch das ist ganz offensichtlich nicht seine Art. Er ist Regierungsrat, nicht Wahlkämpfer, auch wenn eine kleine Geste ganz am Schluss des Gesprächs keine Zweifel daran lässt, dass er den Wahlkampf nicht auf die leichte Schulter nimmt – doch dazu später.

Vor seiner Zeit als Regierungsrat war er als Politiker und Unternehmer gut und solide unterwegs. Die berufliche Selbstständigkeit hat ihm zugesagt und er hat sie nicht leichtfertig, letztlich aber aus Überzeugung, gegen das Amt des Regierungsrats eingetauscht.

Florian Weber scheint die Verkörperung der Bemerkung von alt Regierungsrat und Ständerat Andreas Iten zu sein, wonach der Politiker nicht das Amt, sondern das Amt den Politiker suchen muss.

Gefragter Mann: Baudirektor Florian Weber gibt anlässlich der Eröffnung der Tangente einer Journalistin von Fernsehen SRF Auskunft. Foto pd

«Leute mit guten Argumenten überzeugen und gewinnen. Das ist im Wahlkampf nicht anders als im täglichen Politgeschäft.»

Der Besucher kann sich gut vorstellen, dass Florian Weber in der Welt des Baus mit seiner ruhigen und umsichtigen Art viel erreichen kann.

Kein Greenwashing

Besonnenheit ist auch gefragt, wenn es um den Umweltbereich geht. Im Kanton Zug ist der Baudirektor auch der Umweltdirektor, und es wäre ein Einfaches, diese Tatsache im Wahlkampf ganz gezielt auszunutzen – zumal ja gleich zwei Parteien mit der Farbe Grün im Namen neu ebenfalls in die kantonale Exekutive einziehen möchten. Florian Weber ist sich durchaus bewusst, dass gerade im Kiesabbau und im Zusammenhang mit Strassenvorlagen innovative Projekte im Umweltbereich zum Tragen kommen können. Unausgesprochen scheint er jedoch eine Abneigung gegen das zu haben, was auf Neudeutsch als «Greenwashing» bezeichnet wird: Jeder Anlage, jedem Projekt wird ein grüner Anstrich verpasst, um damit die Verkaufschancen zu erhöhen respektive die Akzeptanz in der Bevölkerung zu optimieren.

Florian Webers Philosophie ist eine andere: Er will die Leute mit guten Argumenten überzeugen und gewinnen. Das ist im Wahlkampf nicht anders als im täglichen Politgeschäft. Bevor der Besucher beim Ausgang verabschiedet wird, drückt ihm Florian Weber noch etwas Wahlmaterial in die Hand: Eine Visitenkarte mit seinem Konterfei und dem einprägsamen Slogan «Auf Bewährtes bauen». Das passt treffend zu einem Baudirektor. *pd*

Gesamterneuerungswahlen Zug 2022 Kandidierende für Kantonsrat

Freiheit – Gemeinninn – Fortschritt – Eigenverantwortung

«Lebensqualität» steht im Wahlkampf 2022 im Zentrum der FDP.Die Liberalen Kanton Zug

Der kantonale Wahlkampf der FDP.Die Liberalen steht unter dem Leitgedanken «Lebensqualität». Im Liberalismus stehen Freiheit und Wohlergehen des Individuums im Zentrum. Dank Freiheit können Menschen ihr Leben nach ihren Neigungen aktiv gestalten und Lebensqualität erreichen. Dafür treten wir im Wahljahr 2022 gemeinsam ein.



Maria Hügin Birrer
aus der Stadt Zug



Chris Oeuvery
aus der Stadt Zug



Karen Umbach
aus der Stadt Zug

Bisher



Sussi Hodel
aus Unterägeri



Fabienne Hotz
aus Baar



Jill Nussbaumer
aus Cham

Bisher



Eva Maurenbrecher
aus Hünenberg

Bisher



Sonja Rogenmoser
aus Hünenberg



Carina Brüngger
aus Steinhausen



Helene Zimmermann
aus Risch

Bisher



Nadine Desiere
aus Risch



Alexander Kyburz
aus der Stadt Zug



Rainer Leemann
aus der Stadt Zug

Bisher



Adrian Moos
aus der Stadt Zug

Bisher



Stefan Moos
aus der Stadt Zug

Bisher



Etienne Schumpf
aus der Stadt Zug



Mathias Wetzel
aus der Stadt Zug



Andreas Müller
aus der Stadt Zug



Peter Letter
aus Oberägeri

Bisher



Alois Rogenmoser
aus Oberägeri



Jost Arnold
aus Unterägeri



Colin Biermann
aus Unterägeri



Tom Magnusson
aus Edlibach (Menzingen)

Bisher



Jürg Schmid
aus Menzingen



Urs Andermatt
aus Baar

Bisher



Michael Arnold
aus Baar

Bisher



Daniel Binzegger
aus Baar



Kevin Bischofberger
aus Baar



Jan Blattmann
aus Baar



Karl Bürgler
aus Baar



Mark Gustafson
aus Baar



Reto Leutenegger
aus Baar



Thomas Gander
aus Cham

Bisher



Roman Freimann
aus Cham



Mariano Giddey
aus Cham



Tao Gutekunst
aus Cham



Simon Rohrer
aus Cham



Gian Brun
aus Hünenberg See



Mario Reinschmidt
aus Steinhausen

Bisher



Urs von Wartburg
aus Steinhausen



Simon Annen
aus Steinhausen



Thomas Keller
aus Steinhausen



Reto Schorta
aus Steinhausen



Urs Gassmann
aus Risch-Rotkreuz



Jürg Ruf
aus Risch



Christophe Lanz
aus Walchwil



Andreas Blättler
aus Neuheim



Flurin Grond
aus Neuheim



«Vorausschauende Politik garantiert hohe Lebensqualität»

Thierry Burkart und Cédric Schmid im Interview

Cédric Schmid (links) und Thierry Burkart sind bereit für die kommenden Herausforderungen. Foto: Marco Wölfli

Die Zuger Gesamterneuerungswahlen haben eine nationale Ausstrahlung. Im gemeinsamen Interview äussern sich Thierry Burkart, Präsident der FDP Schweiz, und Cédric Schmid, Präsident der FDP des Kantons Zug, zu den bevorstehenden Wahlen.

Herr Burkart, Herr Schmid, welche Erwartungen und Hoffnungen haben der nationale und der kantonale Parteipräsident an diese Wahl?

Thierry Burkart: In praktisch allen Wahlen der letzten Monate (z. B. Kantonswahlen in FR, VD, GR, Gemeindewahlen in ZH) konnte die FDP zulegen. Wir dürfen also feststellen: Wir sind gut unterwegs. Unser Ziel ist es, die liberale Politik in der Schweiz zu stärken, Wähleranteile zu gewinnen und die SP zu überholen. Das Schweizer Erfolgsmodell fusst auf liberalen Werten und ist seit 1848 geprägt durch Freisinnige. Sie übernehmen Verantwortung, in der Politik wie auch in Wirtschaft und Gesellschaft. Ich bin stolz, dass unsere Partei Tag für Tag – vielfach mit stillem Schaffen im Hintergrund – Lösungen erarbeitet, die unserem Land derart hohe wirtschaftliche und soziale Sicherheit schenken. Die FDP des Kantons Zug ist ein Paradebeispiel für diese Werte und darum bin ich überzeugt, dass sie die gute Tendenz der letzten Monate weiterführt und ebenfalls zulegt!

Cédric Schmid: Wir sind zuversichtlich, dass unsere FDP zulegen wird. Die Menschen im Kanton wissen, dass die vorausschauende, liberale und ganzheitliche Denkweise unserer Partei der Schlüssel zum Erfolg unseres Kantons ist. Der Kanton Zug hat einen sehr ausgeprägten Sinn für den Liberalismus. Die Behörden verstehen sich als Dienstleister gegenüber unserer Bevölkerung und gehen mit den Ressourcen vorsichtig um. Das ist auch der FDP zu verdanken. Dazu kommt: Liberal zu sein, ist im Trend. Dies erkennt man daran, dass sich andere Parteien gerne auch liberal nennen – ohne es wirklich zu sein. Die Zuger Wählerinnen und Wähler wissen aber, dass wir das liberale Original sind. Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass sich die anderen Parteien liberal nennen. Letztlich machen sie Werbung für das liberale Original – die FDP! Gerade in Zeiten wie heute, wo kein Stein auf dem anderen bleibt, ist eine vorausschauende Politik die Garantie einer hohen Lebensqualität im Kanton.

«Das Schweizer Erfolgsmodell fusst auf liberalen Werten und ist seit 1848 geprägt durch Freisinnige.»

Thierry Burkart

Die Schweiz und der Kanton Zug sorgen sich im Spätsommer 2022 um die Versorgungssicherheit im Energiebereich. Welches sind die Antworten der nationalen und kantonalen FDP auf diese Herausforderung?

Thierry Burkart: In der Tat sind die Strommangel- lage sowie die möglichen Engpässe bei der Gas- versorgung eine der bedeutendsten Bedrohungen für die Schweiz. Es ist mit schwerwiegenden Folgen für die Menschen und die Wirtschaft zu rechnen. Wir müssen uns kurzfristig um Liefergarantien für Gas-Importe bemühen und Reserven im

«Die Zuger Wählerinnen und Wähler wissen aber, dass wir das liberale Original sind.»

Cédric Schmid

Ausland beschaffen, da dies im Inland nicht möglich ist. Wenn nötig, sind wir bereit, dazu die regulatorischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Zudem sind Wasserkraftreserven für den Winter bereitzuhalten, die entsprechend abgegolten werden. Damit können hoffentlich kurzfristig Mangellagen verhindert werden. Mit Blick auf die kommenden Jahre müssen wir endlich – wie wir es schon lange fordern – einerseits die bürokratischen Hürden für den Zubau von erneuerbaren Energien abbauen und andererseits die Rahmenbedingungen so anpassen, dass die bestehenden Kernkraftwerke so lange wie möglich weiterbetrieben werden können. Denn Dekarbonisierung und Ausstieg aus der Kernenergie geht nicht gleichzeitig. Das sehen wir jetzt deutlich.

Cédric Schmid: Die Lösungsansätze sehe ich im Bau von dezentralen, privat betriebenen erneuerbaren Kleinkraftwerken in Kombination mit Speicherlösungen für Stromüberproduktionen. So könnten wir flexibler agieren und als Kanton die nationale Stromversorgung entlasten, aber auch als Leuchtturm für andere Kantone dienen. Aus verschiedenen privaten Initiativen aus und im Kanton Zug wissen wir, dass dies möglich wäre. Nun gilt es – sehr schnell –, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Projekte realisiert werden können. Kurzfristig und vorübergehend werden die öffentliche Hand und die Zuger Bevölkerung wohl Strom sparen müssen. Mit Verboten hingegen kommen wir nicht zum Ziel!

Die angespannte Situation im Energiebereich wirft ein Schlaglicht auf die langen Bewilligungsverfahren und vielfältigen Einsprachemöglichkeiten für Infrastrukturprojekte in der Schweiz. Sind Anpassungen notwendig? Und wenn ja, welche?

Thierry Burkart: Unbedingt. Die gesetzlichen Hürden sind dringend abzubauen, die Einspracheverfahren zu straffen und damit die Planungs- und Bewilligungsverfahren zu beschleunigen. Die linken Parteien und ihnen nahestehende Verbände müssen dazu endlich Hand bieten und den Ernst

Die «Zuger Connection» von Thierry Burkart

Sie, Herr Burkart, haben auch eine persönliche Beziehung zum Kanton Zug. Dürfen wir Sie bitten, diese mit den Leserinnen und Lesern des «Freisinns» zu teilen? Ja, mein Urgrossvater Josef Burkart (1891 bis 1965) war, das darf man so sagen, ein prägender Zuger Politiker. Er war von 1925 bis 1946 Zuger Kantonsrat und präsidierte den Rat in den Jahren 1933 und 1934. Von 1937 bis 1946 amtierte er als Oberrichter, ab 1941 als Obergerichtspräsident. In seiner Zeit als Regierungsrat in den Jahren 1947 bis 1958 stand er der Finanzdirektion vor. Er zimmerte das wichtige Zuger Steuergesetz von 1946, das wohl am Anfang des Erfolges des Wirtschaftsstandorts Zug steht.

Wie wird Ihr Urgrossvater in Ihrer Familie wahrgenommen? Welche Beziehung verbinden Sie mit ihm? Er war selbstverständlich immer wieder einmal Thema in unserer Familie. Ich befasste mich aber erst vermehrt mit ihm, seit ich mich in der Politik engagiere. Seine Schaffenskraft ist eindrücklich. Aufgrund dieser familiären Vergangenheit fühle ich mich mit dem Kanton Zug verbunden.

Welche zugerischen Eigenschaften, wenn es solche denn gibt, sind in Ihnen und Ihrer Familie

vorhanden? Zug hat eine wichtige Scharnierfunktion in unserem Land, nämlich zwischen der urbanen und ländlichen Schweiz. Damit spielt Zug für unsere nationale Kohäsion eine wichtige Rolle. Als jemand, der auf dem Land wohnt und sich auch viel in Städten bewegt, ist es mir wichtig, dass wir erkennen, dass unser Land nur mit diesem inneren Zusammenhalt funktioniert und wir aufeinander angewiesen sind.

Wie oft sind Sie im Kanton Zug unterwegs? Viel zu wenig, das ist sicher! Das Amt eines Parteipräsidenten führt einen ja in der ganzen Schweiz herum, ab und zu, aber zu selten auch in den Kanton Zug. Demnächst, am 3. September, komme ich für eine Wahlveranstaltung nach Risch. Früher, als ich als Internatsschüler im Gymnasium Immensee war, kam ich öfter nach Zug. Unter anderem spielte ich ein Jahr bei den Junioren in Rotkreuz Handball, bevor ich nach Luzern wechselte. Vor kurzem durfte ich am Jubiläumsanlass der liberalen Mittwochsgesellschaft eine Rede halten. Im Nachgang wurde mir gesagt, dass bei einem vorherigen Jubiläum der grosse deutsch-britische Liberale Ralf Dahrendorf gesprochen hatte, was mich natürlich sehr ehrte. *pd*

der Lage erkennen. Mit ihrer Verhinderungspolitik sind sie dafür verantwortlich, dass die Wasserkraft nicht schon längst stärker ausgebaut werden kann und in den Bergen noch immer keine grossflächigen Fotovoltaikanlagen stehen.

Cédric Schmid: Absolut richtig. Es ist eine Güterabwägung vorzunehmen zwischen der nachhaltigen, CO₂-neutralen Stromproduktion und dem Landschaftsschutz.

Ein anderes Thema, das die Schweiz und den Kanton Zug beschäftigt, ist die sogenannte OECD-Mindeststeuer. Wie ist diese aus Ihrer Sicht zu beurteilen?

Thierry Burkart: Die FDP lehnt die Beseitigung des internationalen Steuerwettbewerbs zwar grundsätzlich ab. Gleichwohl ist die Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung für die Schweiz unumgänglich, andernfalls würden der Schweizer

Wirtschaft gravierende Nachteile drohen. Der Ansatz des Bundes, die Mindeststeuer mit einer Ergänzungssteuer umzusetzen, ist im Grundsatz vertretbar. Wichtig ist, dass im Interesse der Schweiz trotz Zeitdruck im Parlament eine möglichst einfache Regelung verabschiedet wird. Dies sichert die Standortattraktivität unseres Landes auch in Zukunft.

Cédric Schmid: Ja, Thierry, ich gebe dir Recht, wir müssen mitmachen, sonst haben wir gravierende Nachteile. Allerdings ist unserer Meinung nach im Umsetzungsprozess viel Fingerspitzengefühl notwendig, um den Föderalismus und die Finanzautonomie der Kantone nicht nachhaltig zu schädigen (vgl. auch Interview mit Andreas Müller auf Seite 3). Die Mehreinnahmen sollten meines Erachtens wenn immer möglich in die kantonalen Kassen fliessen, damit die Kantone dieses Geld in die eigene Standortattraktivität investieren können! *pd*



«Die Reform erreicht, was es braucht»

Arbeitgeberverband stellt sich hinter die AHV 21

Als Ressortleiter Sozialpolitik und Sozialversicherungen beim Schweizerischen Arbeitgeberverband ist Lukas Müller-Brunner ausgewiesener Experte für die Altersvorsorge. Im Interview spricht er über die Notwendigkeit der AHV-21-Reform und darüber, weshalb die Frauen davon profitieren.

Herr Müller-Brunner, wie geht es der AHV heute?

Nicht wirklich gut, bei einem menschlichen Patienten würde man wohl von einem kritischen Zustand sprechen. Ein guter Indikator, um die finanzielle Gesundheit der AHV zu messen, ist das sogenannte Umlageergebnis. Damit wird gemessen, welcher Teil der laufenden Rentenausgaben durch jährliche Einnahmen gedeckt ist. Von 2014 bis 2020 war dieses Ergebnis negativ, mit zunehmender Tendenz. Seither kann sich die AHV finanziell über Wasser halten – dies aber nur, weil seit Anfang 2020 jährlich 2 Milliarden Franken zusätzlich in das Sozialwerk gepumpt werden (STAF-Vorlage). Eine Bluttransfusion, ohne die eigentliche Blutung zu beheben, quasi.

Am 25. September stimmen wir über die Reform AHV 21 ab. Wie beurteilen Sie die Vorlage aus Sicht des Arbeitgeberverbandes? Es ist ein guter Kompromiss. Die Arbeitgeber haben sich stets dafür ausgesprochen, dass die AHV von einer reinen Finanzspritze wekommt. Das heisst, es braucht strukturelle und finanzielle Massnahmen. Mit der Flexibilisierung des Rentenalters, der Angleichung des Referenzalters für Frauen und den Zusatzeinnahmen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist das gelungen. Entsprechend stehen wir hinter der Vorlage und unterstützen sie, wie übrigens auch die anderen beiden Dachverbände Economiesuisse und Gewerbeverband.

Die letzte grosse AHV-Reform gelang vor 25 Jahren. Was braucht es, dass die AHV 21 erfolgreich ist?

Am wichtigsten scheint mir das Bewusstsein der Bevölkerung für die Notwendigkeit dieser Vorlage. In den letzten 25 Jahren ist man ohne Reform durchgekommen, was von den Gegnern ja auch immer gerne ins Feld geführt wird. Nur müssen wir uns vor Augen halten: Wir haben wirtschaftlich eine unglaublich gute Zeit erlebt, mit schönen Wachstumsraten und einer hohen Zuwanderung. All das hat die AHV zusammen mit der Zusatzfinanzierung über Wasser gehalten. Sobald diese Entwicklung aber nachlässt – und die Zeichen stehen im Moment nicht sonderlich positiv –, brechen die Zahlen der AHV ein wie ein Kartenhaus. Wir müssen der Bevölkerung also klarmachen: Ein Nein heisst, dass wir ohne Lösung dastehen.

Kann die AHV 21 die erste Säule stabilisieren?

Kurzfristig ja. Durch die Kombination aus strukturellen und finanziellen Massnahmen verstärken sich die einzelnen Elemente gegenseitig, was für die AHV-Finzen stabilisierend wirkt. Darüber hinaus sind wir uns aber einig: Die erste Säule hat durch die steigende Lebenserwartung und die demografische Entwicklung ein langfristiges Problem, das sich entsprechend auch nur langfristig beheben lässt. Die aktuelle Reformvorlage ist daher ein erster wichtiger Zwischenschritt, den es

dringend braucht. Im Anschluss müssen wir aber einen Reformrhythmus etablieren, um auf Veränderungen von aussen reagieren zu können. Entsprechend hat das Parlament den Bundesrat beauftragt, bis Ende 2026 erneut eine Vorlage aufzulegen.

Reformgegner rücken eine scheinbare Benachteiligung der Frauen ins Zentrum. Ist das gerechtfertigt?

Auf keinen Fall! Die Linken sind in ihren ideologischen Mustern derart verfangen, dass sie die Realität aus den Augen verloren haben: Die Reform hilft genau denjenigen Frauen am meisten, für die sich die Gegner sonst gerne starkmachen. Zwei Beispiele: Wenn jemand Beitragslücken hat, zum Beispiel wegen eines Erwerbsunterbuchs, ist das im heutigen System unwiederbringlich verloren. Mit der AHV-Reform hingegen kann man verlorene Beitragsjahre nachholen und so eine lebenslange Rentenkürzung vermeiden. Zweites Beispiel: Innerhalb der neun Jahrgänge der Übergangsgeneration hat jede Frau die Wahl: Sie kann entweder länger arbeiten und erhält einen lebenslangen Rentenzuschlag von bis zu 1920 Franken pro Jahr, oder sie kann sich mit massiv tieferen Kürzungssätzen als bisher weiterhin im Alter 64 pensionieren lassen. Damit haben wir eine Reform, die erreicht, was es braucht: zielgerichtete Zusatzmassnahmen für die tatsächlich Betroffenen statt Rentenerhöhungen für alle nach dem Giesskannenprinzip.

Als Verbandsexperte haben Sie eine Aussensicht auf die Politik. Ist der Handlungsbedarf bei den Sozialversicherungen genügend erkannt?

Ich denke nicht, dass es am Erkennen des Handlungsbedarfs mangelt, sondern an den daraus abgeleiteten Konsequenzen. Eigentlich sind sich alle einig, dass es Lösungen braucht. Sobald man aber konkret wird, geht der Streit los. Vielleicht ist das ein Grunddilemma: Wenn wir den Generationen nach uns kein Desaster hinterlassen wollen, müssen wir heute Massnahmen ergreifen, die stellenweise schmerzen, und eben nicht nur darüber diskutieren. Für die Altersvorsorge bietet die AHV-Reform eine gute Chance.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Schweizer Altersvorsorge?

Im Kern haben wir bei der Altersvorsorge ein abstruses Problem: Die Welt entwickelt sich weiter, die Lebenserwartung steigt, die Arbeitsmodelle verändern sich. Die Vorsorge aber bleibt in ihrem gesetzlichen Korsett verhaftet. Das ist, als würde man die Schwerkraft per Gesetz verbieten wollen, es funktioniert einfach nicht! Ich würde mir daher wünschen, dass man Mittel und Wege findet, um aus dem ewigen Reformstau zu entfliehen.

Interview: Marco Wölfli



AHV jetzt für die nächsten Jahre sichern

Ja zur AHV 21

Am 25. September stimmen wir über die Revision der AHV ab. Wir müssen jetzt handeln, wenn wir unser wichtigstes Sozialwerk nicht an die Wand fahren wollen.

In den nächsten Jahren schreibt die AHV rote Zahlen. Die Gründe sind offensichtlich: Wir leben beinahe zehn Jahre länger als bei Einführung der AHV und beziehen entsprechend länger eine Rente. Das braucht – ganz banal – mehr finanzielle Mittel, wenn man die Renten nicht kürzen will. Das Verhältnis von denjenigen, die in die AHV einzahlen – den Erwerbstätigen –, zu denjenigen, die eine Rente beziehen, verschlechtert sich zudem laufend. 1948 kamen auf einen Rentner noch sechseinhalb Erwerbstätige, heute sind es noch gut drei. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben wird deshalb bereits 2025 ins Negative kippen. Und ab 2032 klafft im AHV-Topf eine Lücke von 18,5 Mrd Franken. Kurz gesagt: Wenn wir nichts tun, dann fehlt dieser Betrag, um laufende Renten auszubezahlen.

AHV 21 bringt Ausgleich bis 2030

Mit der AHV 21, der vom Parlament mit einer Mehrheit von SVP bis glp beschlossenen Reform, soll die AHV zumindest bis 2030 im Gleichgewicht gehalten werden. Sie sieht Massnahmen sowohl auf der Finanzierungs- als auch auf der Leistungsseite vor: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte und die etappenweise Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer. Zudem wird die vollständige Flexibilisierung beim Bezug der AHV eingefügt.

Diese Lösung ist fair und ausgewogen. Durch die Finanzierung über die Mehrwertsteuer tragen

alle Altersgruppen zur Stärkung der AHV bei, auch die Rentnerinnen und Rentner. Man verzichtet somit darauf, die Lohnabzüge zusätzlich zu erhöhen, was angesichts der steigenden Teuerung, aber auch um eine Schwächung unseres Wirtschaftsstandorts zu verhindern, richtig ist.

Gleiches Rentenalter für Mann und Frau

Auch die Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer ist nötig und schon länger an-

gezeigt. Dies sowohl aus sachlichen Gründen als auch aus Gründen der Gleichstellung. Frauen leben im Durchschnitt vier Jahre länger als Männer und beziehen entsprechend länger eine Rente. Es gibt bei der AHV auch keinen sogenannten «gender pension gap», eine Rentenlücke, die durch das Geschlecht erklärbar wäre. AHV-Renten von Männern und Frauen sind dank der bei der zehnten AHV-Revision eingeführten Massnahmen nicht unterschiedlich hoch. Und schliesslich geht es nicht an, gleiche Rechte für Mann und Frau zu fordern, bei den Pflichten aber nach wie vor auf Privilegien zu pochen.

Fairer Ausgleich

Das Parlament hat aber erkannt, dass die Rentenaltererhöhung für Frauen, die kurz vor der Pensionierung stehen, ein einschneidender Eingriff in ihre persönliche Lebensgestaltung ist. Es hat deshalb Ausgleichsmassnahmen für eine Dauer von neun Jahren beschlossen: Frauen mit sehr tiefen Löhnen werden sogar zu gleichen oder sehr privilegierten Konditionen ihre Rente vorbezahlen und nach wie vor mit 64 in Pension gehen können. Arbeiten sie bis zum Alter 65, erhalten sie einen Zuschlag und damit eine höhere Rente. Die Lösung ist also sozial austariert.

Die letzte AHV-Revision fand 1997 statt, seither sind alle Reformvorhaben gescheitert. Es ist dringend nötig, dass wir heute Verantwortung übernehmen und die Lösung des Problems nicht auf die nächste Generation abschieben. Die AHV 21 ist ausgewogen und zielführend. Ich stimme deshalb mit Überzeugung Ja. Übrigens zweimal Ja: zur Erhöhung der Mehrwertsteuer und zu den nötigen Gesetzesanpassungen.

Regine Sauter
Nationalrätin ZH



Quelle: Bundesamt für Sozialversicherungen



Für eine langfristig sichere Schweiz

Sicherheitspolitische Forderungen der FDP

Die Schweizer Armee muss sich wieder stärker auf den Kernauftrag ausrichten. Foto: VBS/Philipp Schmidli

Bevölkerungs- und Zivilschutz

Dem Zivil- und dem Bevölkerungsschutz kommt eine besondere Rolle beim Schutz der Schweizer Bevölkerung vor Gefahren bzw. deren Bewältigung zu. Um diese Rolle pflichtgemäss ausführen zu können, müssen die personellen und finanziellen Ressourcen sichergestellt und gezielter auf den Kernauftrag ausgerichtet werden. Den beiden Organisationen müssen die technischen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um im Krisenfall die Bevölkerung bedarfsgerecht informieren zu können.

Technologie und Cybersicherheit

Der Schutz vor Cyberrisiken ist von strategischer Bedeutung und gezielt zu verstärken. Die FDP fordert eine fokussierte neue Cyberstrategie sowie eine zweckmässige Organisation der Mittel in einem Bundesamt. Der Bund ist in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass seine eigenen zivilen Systeme vor Cyberangriffen geschützt sind. Die Cyberbedrohung hat einem vierten Möglichkeitsraum (Wasser, Land, Luft und Cyberraum) geschaffen, den es im Konfliktfall zu verteidigen gilt.

Versorgungssicherheit

Aufgrund der aktuellen Krisen und zugunsten einer besseren Vorbereitung muss überprüft werden, ob alle für die Bevölkerung und die Wirtschaft relevanten Ressourcen gelagert werden und ob die vorgegebenen Kapazitäten ausreichen. Denn in Krisenzeiten kann die Versorgungskette von kritischen Gütern und Dienstleistungen schnell unterbrochen werden. Der Staat muss ideale Handelsbeziehungen aufbauen, um bei der Versorgung mit kritischen Gütern nicht nur von einem Handelspartner angewiesen zu sein.

Russlands Aggressionspolitik bedroht Europa und das Fundament unserer demokratischen, rechtsstaatlichen und völkerrechtlichen Werte. Für die FDP ist klar: Die Schweizer Sicherheitspolitik muss der Realität angepasst werden und wieder den Schutz der Bevölkerung in den Vordergrund stellen. So muss sich die Verteidigungspolitik auf den militärischen Kernauftrag fokussieren. Das Fähigkeitsbündel und der Eigenleistungsanteil müssen deutlich erhöht, die Resilienz der Versorgung sichergestellt sowie die Verteidigungskooperation verstärkt werden. Der Spielraum der Neutralität soll hierbei genutzt werden.

Verteidigungspolitik

Um optimal auf neue Bedrohungen vorbereitet zu sein, muss das Denken in Szenarien in der Planung Einzug finden. Damit einhergehend braucht es die Evaluation der Leistungsfähigkeit unserer nachrichtendienstlichen Kapazitäten. Denn frühzeitige Informationen von Seiten des Nachrichtendienstes sind unabdingbar, um dynamische Situationen richtig einzuschätzen. Um in Krisenlagen handlungsfähig zu sein, ist das Armeebudget auf 7 Milliarden Franken und der personelle Sollbestand auf 120 000 Angehörige der Armee zu erhöhen. Ebenfalls ist die Igelmentalität, in welcher sich die Schweiz autonom schützt, veraltet und realitätsfremd. Die Schweiz muss enger mit der Nato kooperieren.

Internationales Engagement

Das Schweizer Neutralitätsverständnis basiert auf den Pfeilern Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik. Das Neutralitätsrecht besagt, dass die Schweiz nicht an einem Krieg teilnimmt, ihr Staatsgebiet zu schützen hat und Kriegsparteien gleich zu behandeln sind. Die Umsetzung der oben stehenden Pflichten, die Neutralitätspolitik, lässt mehr Interpretationsspielraum zu: So müssen wir den Spielraum nutzen, um im Verbund der demokratischen Länder agieren zu können. Dies durch ein flexibles und modernes Verständnis der Neutralität, dessen rechtlicher Kern aber erhalten bleibt. Bei eklatanten Verletzungen des Völkerrechts, der Souveränität und der territorialen Integrität eines Landes muss die Schweiz klar Position beziehen und Sanktionen der UNO, der OSZE sowie ihrer wichtigsten Handelspartner solidarisch mittragen. Die Schweiz hat viel Erfahrung und Glaubwürdigkeit in der Mediation, den Guten Diensten und allgemein in der Friedensförderung. Das internationale Genf spielt hierbei eine wichtige Rolle. Dieses Engagement ist weiterzuführen und zu intensivieren.

QR-Code scannen und das ganze Forderungspapier lesen.



«Hart, aber fair»

Forderungen der FDP in der Migrationspolitik

Die Migrationspolitik rückte zuletzt in den Fokus. Mit einem aktualisierten Forderungspapier unter dem bewährten Leitmotiv «Hart, aber fair» steht die FDP für einen konsequenteren Vollzug des Asylgesetzes sowie eine unbürokratische Personenfreizügigkeit mit der EU ein.

Die aktuelle Migrationspolitik wird neben den bereits bestehenden Herausforderungen zusätzlich durch unvorhersehbare Krisen wie den Krieg in der Ukraine geprägt. Die FDP steht vor diesem Hintergrund weiterhin konsequent für eine harte, aber faire Migrationspolitik ein, die der langjährigen humanitären Tradition der Schweiz gerecht wird. Die Schweiz soll im Asylbereich nur denjenigen Schutz gewähren, denen im Sinne der Asylgesetzgebung und der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 auch Schutz zusteht. Für den Arbeitsmarkt und die Unternehmen in der Schweiz ist der Erhalt der Personenfreizügigkeit mit den EU- und den EFTA-Staaten und daraus folgend eine stabile Beziehung mit der EU essenziell. Wichtiger Bestandteil davon ist die unkomplizierte Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit innerhalb Europas. Aufgrund des anhaltenden Fachkräftemangels ist es zudem wichtiger denn je, dass die Schweiz mittels der optimalen Ausschöpfung der Drittstaatenkontingente auch in Zukunft auf hochqualifizierte Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten zählen kann.

Asylbereich

Vollzug verbessern und den Rückkehrbereich fördern

Asylsuchende, die nur infolge wirtschaftlicher Gründe auf der Flucht sind, sollen keinen Schutz in der Schweiz erhalten. Als Begleitmassnahme soll die Anzahl der «Safe Countries» und die Anpassung der Kriterien für die Definition eines Safe Country regelmässig überprüft werden. Resettlement-Programme sollen nur bei möglichen Kapazitäten in der Schweiz bewilligt werden. Bezüglich des Schutzstatus S sind die Lehren aus dem Krieg in der Ukraine zu ziehen. Den Schutzbedürftigen soll nach wie vor rasch Schutz geboten werden. Jegliche Fehlanreize gilt es zu beseitigen, und der Schutzstatus soll seinem Wesen gemäss Rückkehrorientiertheit ausgestaltet werden. Zudem fordert die FDP eine engere Zusammenarbeit mit der EU im Bereich der Rücknahmeabkommen. Die Förderung der freiwilligen Rückkehr muss vorangetrieben werden. Das fordert auch, die Zusammenarbeit mit Frontex zu verstärken (z.B. Nutzung der organisierten Rückflüge) und Sanktionen für nicht kooperative Herkunftsländer konsequent zu vollziehen.

Drittstaaten

Familiennachzug begrenzen und Integrationsanforderungen stärken

Das bestehende Kontingentsystem muss reformiert bzw. modernisiert werden, damit auf die Bedürfnisse der Schweizer Wirtschaft und spezifisch der Jungunternehmen besser eingegangen wird. Dafür fordert die FDP mittels Zulassungserleichterungen für Drittstaatsangehörige mit Schweizer Hochschulabschluss bedarfsorientierte und Start-upfreundliche Lösungen in der Praxis. Zudem muss die Einwanderung in die Sozialsysteme verhindert werden. Ziel ist die reibungslose Integration für Drittstaatsangehörige, welche den Erwerb einer Landessprache und die Einbindung in den hiesigen Arbeitsmarkt bedingt. Auch der kostspielige Familiennachzug darf weiterhin nur unter strengen Bedingungen gewährt werden und insbesondere nur bei Abschluss von strikten Integrationsvereinbarungen.

EU/EFTA

Bilaterale sichern und Missbräuche bekämpfen

Die Schweiz braucht eine unbürokratische Personenfreizügigkeit mit der EU. Umso wichtiger sind der Erhalt und die Weiterentwicklung der institutionellen Beziehungen, die den Grundstein für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft legen. Genauso wichtig ist das Dublin-Abkommen. Asylsuchende, die bereits in einem anderen Dublin-Staat ein Asylgesuch gestellt haben, müssen konsequent zurückgeführt werden, damit unser Asylsystem nicht überfordert wird. Die Schweiz trägt ihrerseits zur Sicherung der EU-Aussengrenzen und zur Entwicklung eines fairen Verteilschlüssels in den Dublin-Staaten bei.

QR-Code scannen und das ganze Forderungspapier lesen.



Tag der FDP

Gemeinsam feiern wir am 22. Oktober in Burgdorf



**Melden Sie
sich jetzt an!**

fdp.ch/agenda/tag-der-fdp

FDP
Die Liberalen

Bundesrätin Karin Keller-Sutter lässt den Schutzstatus S evaluieren. Foto: Jon Trachsel



«Entwicklung in der Ukraine ist massgebend»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview

Sechs Monate nach Beginn des Krieges in der Ukraine spricht Bundesrätin Karin Keller-Sutter über die Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge und die Solidarität der Schweizer Bevölkerung.

Vor sechs Monaten kamen die ersten ukrainischen Flüchtlinge in die Schweiz. Wie ist die Lage heute? Über den Sommer nahm die Zahl der neu ankommenden Geflüchteten auf etwa 100 pro Tag ab. Zu Beginn waren es in der Spitze bis zu 1800 Personen pro Tag. Die Situation hat sich inzwischen beruhigt. Der Zustrom von Geflüchteten hängt jedoch vom Kriegsverlauf und den Lebensbedingungen in der Ukraine ab und kann sich deshalb zum Beispiel im Herbst wieder ändern.

Mit welcher Entwicklung rechnen Sie im Herbst?

Ich möchte nicht spekulieren. Wichtig ist, dass sich die Behörden auf verschiedene Szenarien vorbereiten. Wie bereits erwähnt, spielt der Kriegsverlauf hier die zentrale Rolle. Weitere Faktoren sehe ich bei der Energieversorgung in der Ukraine oder der Weiterwanderung von Schutzsuchenden aus den Nachbarstaaten der Ukraine. Auch die Zahl der regulären Asylgesuche dürfte tendenziell zunehmen. Der Migrationsdruck ist insgesamt deutlich angestiegen. Auf der anderen Seite bereiten wir uns schon jetzt auf eine allfällige Rückkehr der Geflüch-

teten aus der Ukraine vor. Schon vor den Sommerferien habe ich dem SEM den entsprechenden Auftrag dazu erteilt.

Zu Beginn ging es darum, dass alle Flüchtlinge ein Dach über den Kopf und den Schutzstatus S gekriegt haben. Welche Herausforderungen stellen sich heute? Die Unterbringung ist ein Dauerthema. Die Zuständigkeit liegt hier bei den Kantonen. Mittelfristig müssen sich das SEM und die Kantone darauf vorbereiten, dass die Anzahl täglich neuankommender Personen aus der Ukraine wieder ansteigen könnte. Weitere Herausforderungen sind die Integration in den Arbeitsmarkt sowie auch die Frage der Rückkehr.

Was kann unternommen werden, um die Erwerbsquote der Ukrainerinnen und Ukrainer zu erhöhen? Schon heute arbeitet knapp jede 10. Ukrainerin beziehungsweise jeder 10. geflüchtete Ukrainer. Dieser Wert ist höher als bei anderen Flüchtlingen. Es gilt zu bedenken, dass 75 Prozent der Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter Frauen

sind, die auch Betreuungsaufgaben erfüllen müssen. Es ist mir wichtig, dass wir hier im engen Kontakt mit der Wirtschaft arbeiten. Die Sozialpartner treffe ich deshalb regelmässig.

Wie sieht die langfristige Strategie im Umgang mit den Ukraine-Flüchtlingen aus? Der Status S ist rückkehrorientiert und auf ein Jahr befristet, also bis März 2023. Der Bundesrat wird entscheiden, ob er den Status S verlängert oder aufhebt. Bereits Ende Juni habe ich den Auftrag erteilt, alle rechtlichen, organisatorischen und logistischen Fragen zu klären, unter welchen Umständen und wie die Menschen dereinst zurückkehren können. Wie bei der Aktivierung des Status S braucht es auch bei dessen Aufhebung eine enge Koordination auf europäischer Ebene.

Besteht die Gefahr, dass die grosse Hilfsbereitschaft der Schweizer Bevölkerung abnimmt? Bis jetzt stelle ich weiterhin eine grosse Solidarität und Hilfsbereitschaft fest. Wichtig ist, dass es keine Missbräuche gibt, gerade in der Sozialhilfe. Wir arbeiten daran, an der EU-weiten Registrierungsplattform teilnehmen zu können. Die Plattform erlaubt einen Abgleich der Daten zwischen den Schengen-Staaten, um zu sehen, ob jemand schon in einem anderen Staat einen Schutzstatus hat. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Kantone mit geeigneten Massnahmen dafür sorgen, dass niemand Sozialhilfe bezieht, der dazu nicht berechtigt ist.

Ist der Schutzstatus S auch für künftige Flüchtlingsbewegungen gemacht oder muss er reformiert werden? Der Status S ist die Ausnahme und nicht die Regel. Er wurde für die kollektive Aufnahme von Kriegsflüchtlingen geschaffen, die schnell und unbürokratisch den vorübergehenden Schutz der Schweiz brauchen. Für Personen, die eine individuelle Verfolgung geltend machen, bleibt das ordentliche Asylverfahren die Regel. Da wir den Status S zum ersten Mal anwenden, habe ich bereits im Mai eine Evaluationsgruppe eingesetzt, die im Juli ihre Arbeit aufgenommen hat. Sie prüft, inwiefern sich der rechtliche Rahmen des Status S bewährt hat. Die Evaluationsgruppe wird bis Ende Juni 2023 eine Analyse des rechtlichen Handlungsbedarfs und Spielraums vornehmen. Ich erwarte einen Zwischenbericht bis Weihnachten.

Interview: Marco Wölfli



Wichtige Grundlagen für nachhaltige Zukunft

Ausblick auf die Herbstsession

Wenn ab dem 12. September die eidgenössischen Räte zur Herbstsession zusammenkommen, erwartet sie gemäss provisorischem Programm viel Arbeit. Neben der Sicherung der Altersvorsorge sind wichtige Entscheide in der Wirtschafts- und Umweltpolitik zu erwarten.

Die Herbstsession 2022 steht ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit. Aber nicht allein fokussiert auf ökologische Aspekte, sondern im Sinn des freisinnigen Verständnisses im Zusammenspiel mit Wirtschaft und Gesellschaft. So sollen in der Herbstsession im

Bereich der Klima- und Energiepolitik langfristig zentrale Entscheide gefällt werden. Mit dem indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative soll auf Gesetzesebene das Netto-Null-Ziel bis 2050 verankert werden, damit rasch die passenden Rahmen-

bedingungen für die Wirtschaft und Gesellschaft definiert werden können, was ganz im Interesse der FDP ist.

Altersvorsorge im Fokus

Ähnliches gilt für den seit geraumer Zeit beratenen Mantelerlass zugunsten einer sicheren Stromversorgung, der die richtigen Anreize zugunsten u. a. einer Winterstromreserve inklusive zusätzlicher Kapazitäten setzen soll. Im Bereich der Vorsorge erwartet die FDP ebenfalls wichtige Beschlüsse. So soll im BVG endlich auch der Ständerat seine Position zu dieser absolut zentralen Reform fassen. Speziell im Kontext der Volksabstimmung vom 25. September zur AHV 21 bekommt diese Beschlussfassung eine besondere Bedeutung. Hoffentlich ohne grössere Probleme sollte die Volksinitiative der Gewerkschaften für eine 13. AHV-Rente im Nationalrat abgelehnt werden. Sie steht völlig quer in der Landschaft und führt, anstatt zu mehr finanzieller Stabilität in der AHV zu einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf von rund vier Milliarden Franken pro Jahr.

Zu guter Letzt sollen im Bereich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entscheidende Reformen zur Umsetzung der globalen OECD-Besteuerung sowie zur Wohneigentumsbesteuerung aufgegleist werden. Beide Vorlagen bewirken jeweils Systemwechsel, die nachhaltig Einfluss auf die Standortattraktivität der Schweiz haben werden.

Michael Mandl, Fraktionssekretär

Unseren Wohlstand behalten statt verscheuchen!

- Die Reform der Verrechnungssteuer holt Steuereinnahmen zurück. Der Bund rechnet innert fünf Jahren mit jährlichen Mehreinnahmen von 350 Mio. Franken.
- Dank günstigerer Finanzierungen sparen Bund, Kantone und Gemeinden jedes Jahr Zinsen von bis zu 200 Mio. Franken.
- Auch der Service public profitiert: Spitäler, ÖV und Energiebetriebe können sich ebenfalls günstiger finanzieren. Das nützt allen.



[verrechnungssteuer-ja.ch](https://www.verrechnungssteuer-ja.ch)

JA

AM
25.
SEPTEMBER

zur REFORM
der VERRECHNUNGSSTEUER

Damian Meier will Kaspar Michel im Schwyzer Regierungsrat beerben.



Damian Meier mit seiner Familie.



Als Regierungsratskandidat bei einer Standaktion auf dem Hauptplatz in Schwyz.

Die FDP Schwyz will mit Polizeikommandant Damian Meier den Regierungsratssitz des zurückgetretenen Kaspar Michel verteidigen. Neben einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie will sich Meier insbesondere für mehr Arbeitsplätze im Kanton einsetzen.

Am 25. September sind im Kanton Schwyz ausserordentliche Wahlen angesagt: Weil mit Kaspar Michel (FDP) und Andreas Barraud (SVP) per Ende 2022 gleich zwei Mitglieder aus der Schwyzer Regierung austreten, wird die Bevölkerung an die Urne gebeten. Die FDP Kanton Schwyz schickt mit Damian Meier einen Topkandidaten ins Rennen. Ein Spaziergang wird die Wahl für ihn deshalb aber nicht. Schon früh hat sich nämlich eine Kampfwahl abgezeichnet. Die Linke will ihren einst verlorenen Sitz zurückerobern. Ausserdem macht neu auch die GLP einen Sitzanspruch geltend. Und schliesslich haben nebst einem SVP-Kandidaten auch noch zwei Parteilose auf dem Kandidatenkarussell Platz genommen.

Polizeikommandant und Familienmensch

Wer aber ist dieser Damian Meier, den die Schwyzer Freisinnigen ins Rennen schicken? Ursprünglich aus dem Kanton Luzern stammend, zog Meier mit seiner Frau und den zwei Töchtern vor acht Jahren in den Hauptort Schwyz. Hier kamen zwei

weitere Mädchen zur Welt. «Wir fühlen uns sehr wohl im Kanton Schwyz und haben Land und Leute so richtig in unsere Herzen geschlossen», sagt Meier. In seiner Funktion als Kommandant der Kantonspolizei Schwyz sorgt er mit seinem 330-köpfigen Korps seit acht Jahren für die Sicherheit der Bevölkerung. Seinen Beruf übt Meier mit Herzblut aus – trotzdem verspürt er den Wunsch, den Kanton Schwyz noch stärker gestalten zu können. Das Amt in der kantonalen Exekutive böte die perfekte Gelegenheit dazu. Dass der 48-Jährige die ideale Besetzung für das Regierungsgremium ist, daran lässt der Parteivorstand keinen Zweifel offen. «Damian Meier erfüllt alle Voraussetzungen für dieses anspruchsvolle Amt», sagt Parteipräsident Urs Rhyner. «Er verfügt über eine lange politische Erfahrung und ist durch und durch liberal. Freiheit ist ihm ein zentrales Anliegen.»

Mehr Arbeitsplätze für Schwyz

Privat steht bei Damian Meier die Familie an erster Stelle. Das Thema Familie prägt denn auch

seine politische Agenda. «Als Ehemann und vierfacher Vater weiss ich um die Herausforderungen, mit denen sich Familien im Kanton Schwyz konfrontiert sehen», sagt er. Er spricht sich deshalb für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für eine gute Volksschule und für sichere Schulwege aus. «Wir müssen zudem Sorge zur Umwelt tragen, damit die nächsten Generationen unsere wunderbare Landschaft ebenso geniessen können wie wir», so Meier weiter. Ihm lägen aber auch die Arbeitsplätze im Kanton am Herzen. Der negativen Pendlerbilanz sei konsequent der Kampf anzusagen. «Wir müssen Gewerbe und Unternehmungen weiter entlasten, sie weniger regulieren und die unternehmerische Freiheit in den Vordergrund stellen.» Weniger bürokratische Hürden begünstigten die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen im Kanton Schwyz.

Zu guter Letzt will sich Meier auch für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern einsetzen. «Der Staat soll nicht Geld auf der hohen Kante haben, sondern seine aktuellen Überschüsse sinnvoll und zugunsten einer Steigerung der Lebensqualität einsetzen oder aber sie den Steuerzahlern via weitere Steuersenkungen zurückgeben», ist er überzeugt.

FDP. Die Liberalen Kanton Schwyz



Keine folgenschweren Operationen an Kindern

Körperliche Integrität schützen

Chirurgisch oder hormonell irreversible Eingriffe bei Kindern, welche nicht eindeutig einem Geschlecht zugeordnet werden können, sind auch heute noch Realität. Ständerat Matthias Michel fordert ein strafrechtliches Verbot von geschlechtsverändernden Eingriffen an Kindern mit einer angeborenen Variation der Geschlechtsmerkmale. Damit soll die körperliche Integrität gewährleistet und langfristige gesundheitliche Schäden verhindert werden.

Das «I» in LGBTI steht für Intergeschlechtlichkeit. Intergeschlechtlichkeit bezeichnet das angeborene Vorhandensein von anatomischen, genetischen oder hormonellen Geschlechtsmerkmalen, welche sich nicht vollständig dem männlichen oder dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen. Durchschnittlich weisen 1,7 Prozent der Bevölkerung eine Variation der Geschlechtsentwicklung auf. Bis auf wenige Ausnahmen sind intergeschlechtliche Menschen gesund. Trotzdem werden intergeschlechtliche Kinder zwecks Kategorisierung als Junge oder Mädchen teilweise operiert oder hormonell behandelt. Solche Eingriffe können für Betroffene körperliche und psychische Einschränkungen zur Folge haben.

Politischer Handlungsbedarf

Der Zuger Ständerat Matthias Michel hat dieses Jahr eine Motion zum strafrechtlichen Verbot von geschlechtsverändernden Eingriffen an intergeschlechtlichen Kindern eingereicht. Der Vorstoss wird von Mitgliedern der Rechtskommission des Ständerates mitgetragen. In seinem Vorstoss legt Michel dar, dass mit medizinischen Eingriffen an

intergeschlechtlichen Kindern grosse Gefahren für die Gesundheit verbunden sind, wie etwa schwerwiegende psychologische Traumatisierungen und Depressionen, langfristige gesundheitliche Folgen wie Osteoporose oder der Verlust der Fortpflanzungsfähigkeit. Deshalb soll es verboten werden, diese Eingriffe ohne Zustimmung der urteilsfähigen Betroffenen durchzuführen. Damit werden Operationen an gesunden Kindern und Neugeborenen verhindert und die Entscheidung den Betroffenen überlassen.

Bisherige Regelung

Eingriffe an gesunden Kindern mit Geschlechtsvariation sind nicht in der ganzen Schweiz erlaubt. In Genf hat der Grosse Rat zwei Motionen angenommen, die nicht lebensnotwendige chirurgische Eingriffe an intergeschlechtlichen Kindern verbieten.

Der Blick ins Ausland zeigt, dass einige Länder die Gesetzeslage bereits angepasst haben oder dies diskutieren. Der Koalitionsvertrag der deutschen Bundesregierung sieht vor, dass medizinische Eingriffe bei intergeschlechtlichen Kindern nur er-

«Damit werden Operationen an gesunden Kindern und Neugeborenen verhindert und die Entscheidung den Betroffenen überlassen.»

Radigal

Radigal setzt sich als Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen für die individuelle Selbstentfaltung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTI = Lesbian, Gay, Bi-, Trans-, Intersexual) auf Basis liberaler Grundwerte ein. Wir haben uns die vollständige Integration von LGBTI in Gesellschaft, Politik und Recht zum Ziel gesetzt. Radigal ist der Ansprechpartner der FDP und der Jungfreisinnigen für Fragen rund um das Thema LGBTI. Weitere Informationen und Positionspapiere finden sich auf unserer Website www.radigal.ch.

laubt sind, wenn Lebensgefahr besteht. Die Überweisung der ständerätlichen Motion von Matthias Michel wird voraussichtlich in der Herbstsession behandelt.

Jill Nussbaumer, Kommunikation Radigal und Kantonsrätin ZG



Jill Nussbaumer, Kantonsrätin ZG, Kommunikation Radigal.

Von einem Ja zur Verrechnungssteuerreform profitiert auch die öffentliche Hand. Foto: iStock/marchmeena29



«Für einen starken Standort Schweiz»

Ja zur Verrechnungssteuerreform

Mit der Reform der Verrechnungssteuer können Finanzierungsaktivitäten und Arbeitsplätze in die Schweiz zurückgeholt sowie die Steuereinnahmen erhöht werden. Grund genug für ein Ja am 25. September.

Das Volumen an inländischen Anleihen ist rückläufig und das ist ein hausgemachtes Schweizer Problem. Uns entgehen wichtige Einnahmen, Arbeitsplätze und Umsätze. In den vergangenen zwölf Jahren ist dieses Geschäft um mehr als die Hälfte geschrumpft – während es in anderen Ländern wächst.

Grund dafür ist die Verrechnungssteuer auf Obligationen. Konkurrierende Wirtschaftsstandorte kannten noch nie eine solche Steuer. Ein Beispiel hierfür ist Luxemburg. Im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt gibt Luxemburg 190-mal mehr Anleihen heraus als die Schweiz. Den Schaden trägt die Schweiz, welcher nicht nur Wertschöpfung verloren geht, sondern auch Steuereinnahmen.

Wertschöpfung in vielen Bereichen

Bundesrat und Parlament wollen diese Benachteiligung der Schweiz nicht mehr länger hinnehmen und ihre Einnahmen verbessern und die Wertschöpfung in der Schweiz haben. Ihre Lösung ist denkbar einfach: Die Schweiz schafft die Verrechnungssteuer auf Obligationen ab. Damit schafft sie sich gleich lange Spiesse im internationalen Wett-

bewerb. Die Reform der Verrechnungssteuer ist dabei chirurgisch gezielt austariert. Sie beschränkt sich nämlich auf neue Anleihen. Das erlaubt es, Steuerausfälle bestehender Anleihen in Grenzen zu halten. Gleichzeitig führt die Reform zu Mehreinnahmen, weil neue Volumina entstehen. Der Bund rechnet schon nach fünf Jahren mit einer Zunahme an Steuereinnahmen von 350 Millionen Franken pro Jahr. Unter dem Strich bringt die Reform also mehr Wertschöpfung und mehr Steuereinnahmen. Davon profitieren alle. Ein belebter Kapitalmarkt kommt nämlich allen zugute. Bund und Kantone können günstiges Geld aufnehmen und profitieren also gleich doppelt. Sie nehmen mehr Steuern ein und können sich Zinskosten sparen. Aber auch Spitäler, ÖV-Betriebe und Energieunternehmen können dank der Reform ihre Finanzierungskosten senken. Dies ermöglicht auch dem Service public günstigere Investitionen.

Reform bringt Mehreinnahmen

Die Linke hat jedoch unverständlicherweise das Referendum gegen die Reform ergriffen. Sie argumentiert dabei mit temporären Ausfällen und lässt

die Mehreinnahmen an Steuern ausser Acht. Das ist unehrlich. Das Festhalten an der Verrechnungssteuer erhält den Nachteil für die Schweiz und wird ebenfalls zu sinkenden Einnahmen führen, denn die inländischen Anleihen werden auf diesem Weg weiter sinken und sinken und mit ihnen auch die Steuererträge.

Die Reform ist gerade jetzt von zentraler Bedeutung. Das internationale Steuerumfeld verschärft sich zusehends. Dabei werden wettbewerbsfähige Staaten wie die Schweiz immer mehr geschwächt, so auch durch die von grossen Industrie- und Schwellenländern durchgesetzte OECD-Mindestbesteuerung. Um die Attraktivität des Schweizer Wirtschaftsstandortes zu gewährleisten, müssen wir deshalb auch aus diesem Grund jetzt selbst verschuldete Steuernachteile abschaffen. Und die Verrechnungssteuer steht hier ganz oben. Die Reform erlaubt es uns, die wettbewerbsliche Standortschwächung durch die OECD-Mindeststeuer teilweise zu kompensieren.

Bei der Abstimmung über die Reform der Verrechnungssteuer am 25. September können wir ein Problem lösen. Wir können uns für mehr Steuereinnahmen und mehr Wettbewerbsfähigkeit aussprechen. Darum sage ich Ja zur Reform der Verrechnungssteuer und ermutige Sie, es mir gleichzutun.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

Die Schweiz verfügt bereits heute über die strengsten Tierschutzgesetze.



Tierwohl anders fördern

Nein zur Massentierhaltungsinitiative

Am 25. September kommt mit der Massentierhaltungsinitiative ein weiteres Volksbegehren zur Abstimmung, das sehr extrem ist: Alle tierischen Lebensmittel sollen aus einer Haltung stammen, die mindestens dem Bio-Standard entspricht. Wer das will, kann heute schon entsprechend einkaufen.

Ja natürlich, auch Nutztiere sollen ein gutes Leben haben und nicht leiden müssen. Darin sind wir uns wohl alle einig. Das Schweizer Tierschutzgesetz wurde seit seiner Einführung 1981 stetig weiterentwickelt. Von anfänglich rein quantitativem Tierschutz – also z. B. Mindestfläche pro Kuh – regelt es heute auch die qualitativen Aspekte des Tierwohls. Als einziges Land der Welt begrenzen wir zudem die maximale Anzahl Tiere pro Betrieb bei Hühnern, Schweinen und Kälbern. Die beiden agrarpolitischen Instrumente im Bereich Tierwohl «Besonders tierfreundliche Stallhaltung» und «Regelmässiger Auslauf im Freien» erfreuen sich grosser Beliebtheit. Dank ihnen gibt es zahlreiche Labelprodukte wie den IP Suisse-Käfer, die mit Mehrwert im Bereich Tierwohl punkten. Dazu kommen weitergehende Labels wie Bio Suisse, Demeter oder KAG Freiland, bei denen bei jeder Tierart z. B. auch Auslauf auf einer Weide garantiert ist. Also genau das, was die Massentierhal-

tungsinitiative unter anderem fordert. Bei zahlreichen Lebensmitteln ist zudem die Labelproduktion auf Stufe Landwirtschaft grösser als die Nachfrage dafür.

Auch Importe betroffen

Es macht aus liberaler Sicht keinen Sinn, ein bestehendes Angebot zur Pflicht zu machen und den Konsumentinnen und Konsumenten vorzuschreiben, wie sie einzukaufen haben und was sie essen sollen. Ebenso wenig soll ein privatrechtliches Label als Produktionsvorgabe in der Verfassung verankert werden. Ein weiterer Pferdefuss dieser Initiative ist die Importklausel. So müssten auch importierte tierische Lebensmittel aus Tierhaltungen stammen, die mindestens dem Bio-Suisse-Standard entsprechen. Der Bundesrat kam in seiner Botschaft zum Schluss, dass diese Umsetzung mit unseren internationalen Handelsverpflichtungen nicht vereinbar wäre. Von den sehr aufwendi-

gen und kaum umsetzbaren Kontrollen ganz zu schweigen.

In seinem Gegenvorschlag verzichtete die Regierung deshalb darauf, die Importe miteinzubeziehen. Es ist also anzunehmen, dass die Vorgaben am Schluss nur bei der eigenen Produktion im Inland umgesetzt würden. Wettbewerbstechnisch wäre das für die Schweizer Bauernbetriebe ein grosser Nachteil, weil ihre Produkte ungleich teurer würden. Das Konsum- und Einkaufsverhalten wie auch die Preissensibilität der Bevölkerung ändert sich bei einem Ja zur Massentierhaltungsinitiative nicht automatisch mit. Mehr importierte Lebensmittel aus viel schlechteren Tierhaltungen und mehr Einkaufstourismus wären wohl die Konsequenzen. Davon hat niemand etwas – auch die Tiere nicht.

Da ich gegen eine staatliche Steuerung der Produktion unter Ausschluss jeglicher Marktrealität bin, werde ich bei der Massentierhaltungsinitiative überzeugt ein Nein in die Urne legen. Das Tierwohl können wir alle mit unserem täglichen Einkauf selbstverantwortlich weiterfördern.

Christa Markwalder
Nationalrätin BE

**Valérie wird
nächstes Jahr
18 Jahre alt.**



**Genauso lange warten wir auf die
Erhöhung der Grimsel-Staumauer.**



**Jetzt Petition für
mehr Wasserkraft
unterzeichnen!**

FDP
Die Liberalen



Liberales Rezept für die städtische Wohnbaupolitik

Resolution der FDP Urban

Wohnen in der Stadt ist begehrt. Die Preise für Wohnungen sind entsprechend hoch, Wohnraum ist knapp. Die rot-grünen Rezepte sind gescheitert. Es braucht mehr liberale Lösungen für mehr privates Bauen.

Wohnen in den Städten ist sehr begehrt. Der Boden ist aber begrenzt, und die Preise sind entsprechend hoch. Während die rot-grünen Parteien ausschliesslich auf staatliche und gemeinnützige Bauträger setzen, sind es die Privaten, die weitaus am meisten Wohnungen bauen. Privates Bauen erleichtern und beschleunigen bedeutet somit, dass mehr Menschen Wohnungen mieten und kaufen können.

Mehr Wohnungen, Grünflächen und Lebensqualität

FDP Urban hat in einer neuen Resolution die Herausforderungen der Wohnbaupolitik analysiert. Darauf aufbauend stellen wir neun Forderungen, die in drei Kernbotschaften münden:

1. Umweltbewusst Wohnraum schaffen: Gebäude erhöhen und verdichten, ohne Grün- und Freiflächen zu zerstören
2. Bauen beschleunigen und vereinfachen: kurze Fristen, eine Ansprechstelle für die Bauherren und durchgängig digitale Prozesse
3. Aus Büros Wohnungen machen – und umgekehrt

Verdichten, Höherbauen und optimierte Ausnutzung sind die zentralen Hebel für mehr Wohnraum in den Städten. Die Akzeptanz dafür wächst, wenn die Städte nicht zubetoniert werden, sondern die Lebensqualität erhalten bleibt. Private Investoren schliesslich müssen willkommen sein und optimale Voraussetzungen zum Bauen vorfinden.

Parlamentarieranlass
13. September 2022, ab 18 Uhr in Bern



Die nächste Ausgabe des FDP-Urban-Parlamentarieranlasses widmet sich den Themen der Resolutionen: Wir diskutieren das Wohnen und die Mobilität in der Stadt mit Expertinnen und

Experten sowie liberalen Verantwortungsträgern aus den Schweizer Städten.

Falls Sie Interesse haben, an dieser Abendveranstaltung teilzunehmen, melden Sie sich bitte bei events@fdp-stadtbern.ch.



QR-Code scannen und die ganze Resolution lesen.



Um unseren Forderungen mehr Gewicht zu geben, haben wir eine Petition lanciert.

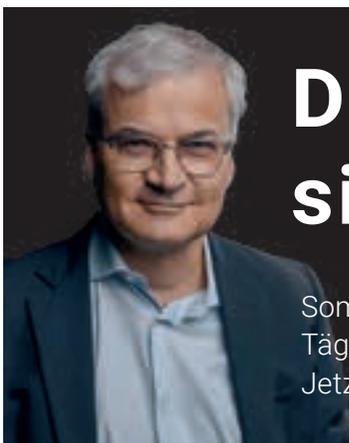
QR-Code scannen und Petition unterschreiben.

Nächster Halt: Mobilität in der Stadt

Auch die Verkehrspolitik bewegt die Städte. Auch dort braucht es liberale Rezepte, die das ungebrochene Mobilitätsbedürfnis der Menschen in Einklang bringen mit einer pulsierenden und lebenswerten Stadt. Eine weitere Resolution von FDP Urban dazu folgt in Kürze.

Beat Habegger, Präsident FDP Urban
Kathrin Puhani, Geschäftsführerin FDP Kanton Zürich

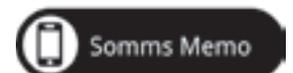
Anzeige



Die Fakten und warum sie wichtig sind.

Somms Memo.
Täglich in Ihrer Mailbox.
Jetzt kostenlos abonnieren.

NEBELSPALTER
www.nebelspalter.ch/sommsmemo



Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

AHV 21



NEIN

Massentierhaltungsinitiative



JA

Reform der Verrechnungssteuer

Mehr Importe statt regionale Lebensmittel?



SEPT
25

**NEIN zur unnötigen
Tierhaltungsinitiative**
tierhaltungsinitiative-nein.ch

KOLUMNE

Freiheit in unsicheren Zeiten



Kürzlich war die Ministerpräsidentin von Estland, Kaja Kallas, Gast in einer Diskussionsrunde. Politikerinnen und Politiker haben engagiert über den «Gender-Wahnsinn» oder die Debatte über Sinn und Unsinn von «kultureller Aneignung» gesprochen. Bis die estnische Ministerpräsidentin das Wort ergriff. Dabei wurde rasch klar: Kallas sah sich im falschen Film.

Sie sagte sinngemäss: Den Wert der Freiheit erkennt man erst, wenn man die Freiheit nicht mehr habe. Als Nachbarland zu Russland sei Estland direkt vom Angriff auf die Ukraine betroffen. Dabei gehe oftmals vergessen, dass die Fläche, welche heute in der Ukraine von russischen Truppen besetzt sei, viermal grösser sei als diejenige der Schweiz. Weiter sei Odessa gleich weit von Tallinn entfernt wie von der Schweiz.

Das hat Eindruck hinterlassen und mich einmal mehr darin bestätigt, dass der Einsatz für die Freiheit nicht irgendwann erledigt sein wird und auch nicht einfach eine Zeiterscheinung sein kann. Der Einsatz für die Freiheit ist essenziell und alternativlos.

Ein Land und dessen Bevölkerung kann sich nur frei fühlen, wenn es sicher ist. Grundlage dafür ist eine starke, unabhängige Armee. Es erstaunt doch sehr, dass während eines Krieges in Europa noch über Sinn und Unsinn einer Stärkung der Schweizer Armee gesprochen wird. Oder dass eine grüne Nationalrätin alle demokratischen Gepflogenheiten aushebeln will, um die vom Souverän legitimierte Beschaffung neuer Kampfflugzeuge aufgrund des Typenentscheids zu verhindern. Dagegen wehren wir uns.

Unser Einsatz für Sicherheit und Freiheit ist wichtiger denn je.

Andri Silberschmidt
 Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

FDP

Die Liberalen

**Gemeinsam sichern
wir unsere AHV**

**2x JA zur
AHV 21**

sichereahv.ch

